

ZUR ÖSTERREICHISCHEN NATO-DISKUSSION: POSITIONEN, URSACHEN, HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE POLITIK¹

Wilhelm Sandrisser

In diesem Beitrag werden vier Themenbereiche behandelt: Zunächst sollen die Positionen der österreichischen Bundesregierung und der diese Regierung bildenden Koalitionsparteien SPÖ (Sozialdemokratische Partei) und ÖVP (Österreichische Volkspartei) sowie die Position des österreichischen Parlaments in Erinnerung gerufen werden. Dann wird auf das sicherheitspolitische Meinungsbild in der österreichischen Bevölkerung eingegangen. In der Folge wird versucht, mögliche Ursachen für die nach wie vor stark ausgeprägte Bindung der Österreicher an die Neutralität und die deutliche NATO-Skepsis in Teilen der österreichischen Politik und Bevölkerung zu skizzieren sowie Herausforderungen aufzuzeigen, die sich daraus für die österreichische Politik ergeben. Schließlich wird die Frage der grundsätzlichen sicherheitspolitischen Optionen Österreichs thematisiert.

I. Politische Positionen

Die österreichische Bundesregierung will dem Parlament spätestens im Laufe des ersten Quartals 1998 einen sicherheitspolitischen Bericht vorlegen. In diesem Bericht sollen alle "weiterführenden sicherheitspolitischen Optionen" - einschließlich der Frage einer Vollmitgliedschaft Österreichs in der Westeuropäischen Union - einer umfassenden Überprüfung unterzogen werden. Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, dem Parlament nach Maßgabe der Schlußfolgerungen dieses Berichts Vorschläge für die erforderlichen Maßnahmen zu unterbreiten². Es ist interessant, daß die Westeuropäische Union ausdrücklich angesprochen wird, aber nicht die NATO. Das könnte man darauf zurückführen, daß die NATO in Österreich im Kalten Krieg vielfach auf die gleiche Stufe mit dem anderen "Militärblock" gestellt wurde, nämlich dem Warschauer Pakt. Eine grundsätzliche Änderung bezüglich dieser Haltung und das offene Ansprechen der NATO-Option in der österreichischen politischen Diskussion hat sich eigentlich erst mit dem Erfolg der Allianz in Bosnien ergeben.

Die Arbeiten am Optionenbericht der österreichischen Bundesregierung werden wohl nicht wesentlich vor dem Ende des ersten Quartals 1998 abgeschlossen sein³. Der Grund hierfür ist, daß es keinen Druck mehr gibt, den Bericht schneller fertigzustellen, da ein möglicher NATO-Beitrittstermin 1999, der eine österreichische Entscheidung noch in diesem Jahr vorausgesetzt hätte, mittlerweile aus außen- und innenpolitischen Gründen unrealistisch geworden ist. Es ist durchaus auch nicht sicher, ob es der Bundesregierung gelingen wird - als Konsequenz der Analysen des Optionenberichts - dem Parlament Vorschläge für "erforderliche Maßnahmen" zu unterbreiten, die von beiden Koalitionsparteien getragen werden. Allerdings ist davon auszugehen, daß die Wahrscheinlichkeit dafür relativ hoch sein müßte, da schwer vorstellbar erscheint, daß eine funktionsfähige Bundesregierung dem Parlament bei einer so wichtigen Frage ohne einheitliche Position gegenübertritt.

Wenn man sich fragt, welche weiterführende Option die Bundesregierung dem Parlament vorschlagen könnte, lohnt es sich, das Koalitionsübereinkommen näher zu betrachten und sich vor allem dessen zentrale sicherheitspolitische Passage zu vergegenwärtigen. Dort heißt es,

daß sich die Regierungsparteien für die "vollberechtigte Teilnahme" Österreichs an "funktionsfähigen europäischen Sicherheitsstrukturen" einsetzen werden⁴. Somit stellt sich zunächst die Frage: Gibt es schon "funktionsfähige europäische Sicherheitsstrukturen" oder sind diese zumindest in Herausbildung begriffen? Für den Fall, daß die Antwort JA lauten sollte, wäre die zweite Frage: Ist die NATO Teil funktionsfähiger europäischer Sicherheitsstrukturen oder nicht? Sollte der NATO eine Rolle im Rahmen funktionsfähiger europäischer Sicherheitsstrukturen zugemessen werden, so ergibt sich aus der Formulierung des Koalitionsübereinkommens, daß Österreich dann der NATO beitreten müßte. Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß auch der Nationalrat die Bundesregierung im Februar 1997 aufgefordert hat, sich für die vollberechtigte Teilnahme unseres Landes an funktionsfähigen europäischen Sicherheitsstrukturen einzusetzen.

Man könnte also meinen, Österreich habe die Grundsatzentscheidung über den vollinhaltlichen Wechsel von der Neutralität zur Solidarität bereits getroffen. Das ist aber nicht der Fall. Ein Koalitionspartner, nämlich die Österreichische Volkspartei, die über 52 von insgesamt 183 Mandaten im Nationalrat verfügt, spricht sich zwar für einen Beitritt Österreichs zur NATO aus und stützt sich dabei auf ein Grundsatzpapier und einen Beschluß des Bundespartei Vorstandes vom 14.7.1997. Der andere Koalitionspartner, die Sozialdemokratische Partei Österreichs, die mit 71 Mandaten deutlich stärker ist, steht einem österreichischen NATO-Beitritt aber nach wie vor ablehnend gegenüber, auch wenn es in der SPÖ einzelne, von dieser Linie abweichende Haltungen gibt.

Die SPÖ ist gegenwärtig deshalb der entscheidende Akteur in der innerösterreichischen Diskussion, da der Nationalrat ein Abgehen Österreichs von seinem derzeitigen neutralen Status (das wäre die Konsequenz eines NATO-Beitritts) nur mit Zweidrittelmehrheit beschließen kann, also nicht ohne Stimmen der SPÖ. Es wird daher primär von der Haltung der SPÖ abhängen, was im sicherheitspolitischen Optionenbericht der Bundesregierung stehen kann und in welche Richtung, vor allem aber in welcher Geschwindigkeit sich Österreich sicherheitspolitisch weiterentwickeln wird. Die SPÖ hat im übrigen eine parteiinterne Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich - dem Vernehmen nach - zum einen mit dem Optionenbericht befaßt und zum anderen mit der Frage der zukünftigen Entwicklung des Österreichischen Bundesheeres. Viele Beobachter gehen davon aus, daß die SPÖ als Konsequenz dieser internen Arbeit zumindest einen Schritt näher beim Thema NATO-Mitgliedschaft stehen wird.

Jene, die in der SPÖ und ihrem Umfeld, aber auch in anderen Parteien gegen einen NATO-Beitritt Österreichs argumentieren, stützen sich auf Argumente, die hier vereinfacht dargestellt werden sollen:

- Es wird vor allem argumentiert, daß Österreich derzeit nicht bedroht sei und sich daher nicht - wie bisher - verteidigen müsse. Ein Beitritt zu einer Militärallianz sei also nicht notwendig.
- Weiters wäre zu berücksichtigen, daß durch die Erweiterung der NATO ungewünschte neue Trennlinien in Europa entstehen könnten.
- Zum Teil wird auch argumentiert, Österreich müsse weiterhin in der Lage sein, seine sicherheitspolitischen Entscheidungen - insbesondere in bezug auf die Beteiligung des Österreichischen Bundesheeres an Auslandseinsätzen - autonom zu treffen. Dem liegt die Annahme zugrunde, daß man dies als NATO-Mitglied nicht mehr gleich gut kann.
- Außerdem wäre eine österreichische NATO-Mitgliedschaft zu teuer und zwar schon deshalb, da sie derzeit nicht erforderlich sei.

- Zudem würde eine Mitgliedschaft in der NATO den Verlust der bewährten österreichischen Neutralität bedeuten, die weiterhin als geeignetes sicherheitspolitisches Instrument angesehen wird.
- Stellvertretend für jene Mitglieder der Bundesregierung, die sich für einen NATO-Beitritt Österreichs aussprechen, sei auch auf einige Argumente des österreichischen Verteidigungsministers, Dr. Werner Fasslabend verwiesen, der der ÖVP angehört. Er führt unter anderem folgende Gründe für einen Beitritt ins Treffen:
 - einen höheren Schutz für Österreich;
 - gleichberechtigte österreichische Mitwirkungsmöglichkeiten an der europäischen Sicherheitspolitik, was deshalb sehr wichtig sei, weil das unmittelbare sicherheitspolitische Umfeld Österreichs durch die Politik von NATO und WEU neu gestaltet werde;
 - die leichtere Integration der neuen Demokratien in westliche Strukturen, da Österreich eine wichtige geographische Brückenfunktion zu diesen Staaten zukomme;
 - den besonderen Beitrag, den Österreich damit zum Gelingen des europäischen Integrationsprozesses und gegen eine Re-Nationalisierung der europäischen Politik leisten könne;
 - ein höheres europäisches Gewicht im Rahmen der NATO, das um so größer sein werde, je mehr europäische Staaten bereit seien, eine gemeinsame Position in der Allianz zu vertreten und diese auch durch entsprechende Beiträge glaubhaft zu machen;
 - und die sich daher insgesamt ergebenden klaren Kosten-Nutzen-Vorteile.

Gleichzeitig hat der Bundesminister mehrfach das Problem der österreichischen Neutralität angesprochen, die für ihn vornehmlich ein innenpolitisches Problem darstellt.

II. Das öffentliche Meinungsbild

Auch das Meinungsbild in der österreichischen Bevölkerung ist stark von der Neutralität geprägt. Wenn die Österreicher vor die Wahl zwischen den Sicherheitsinstrumenten Neutralität oder NATO gestellt werden, erreicht die Neutralität durchwegs hohe Zustimmungsraten, wie eine Umfrage aus dem Jahr 1996 zeigt, bei der 71 % die Neutralität bevorzugten⁵. Schon einen Monat später haben sich aber bei einer anderen Umfrage 64% der Befragten unter der Bedingung für den NATO-Beitritt ausgesprochen, daß "ansonsten die Neutralität gewahrt bleibt"⁶. Obwohl die Zustimmungsraten für die Beibehaltung der Neutralität durchwegs hoch sind, traten gleichzeitig schon im März 1996 bei einer weiteren Umfrage 79% der Befragten für eine gemeinsame EU-Verteidigungspolitik ein⁷, die wohl nicht mit der Neutralität vereinbar wäre.

Interessant ist auch, daß die Zustimmung zu einer NATO-Mitgliedschaft dann eher gering ausgeprägt ist, wenn die Frage nur lautet: "Sind Sie für oder gegen einen NATO-Beitritt?" Wird aber als Alternative zur NATO-Mitgliedschaft ausdrücklich angeführt, daß man dann "alleine für die Verteidigung aufkommen" muß, ist die Zustimmungsraten deutlich höher. Auch 1997 erhielt man jedoch die meisten Pro-Stimmen für einen Bündnisbeitritt, wenn dieser mit der Beibehaltung einer "Restneutralität" offeriert wurde. Aus der jüngsten Vergangenheit sei diesbezüglich nur auf eine Umfrage verwiesen, die das auf den Punkt bringt: Bei der Fragestellung "Sind sie für oder gegen einen Beitritt Österreichs zur WEU bzw. zur NATO" sprechen sich 37% für den Beitritt aus, aber 58 % dagegen. Lautet die Nachfrage aber: "Sind

Sie auch dann für den Beitritt, wenn damit die vollständige Aufgabe der Neutralität verbunden ist?" bleiben bei den Befürwortern nur mehr 24% übrig. Auf der anderen Seite allerdings entscheiden sich bei den ursprünglichen NATO-Gegnern insgesamt 26 % der Befragten doch für den Beitritt, wenn die Nachfrage lautet: "Wären Sie für einen NATO-Beitritt, wenn die Neutralität für alle jene Bereiche, die von den NATO-Pflichten nicht erfaßt sind, beibehalten wird?" Die Tageszeitung, die diese Umfrage in Auftrag gegeben hat, hat darauf hingewiesen, daß demnach 50% der Österreicher dann für den Beitritt zur NATO seien, wenn dieser mit der Aufrechterhaltung einer "Restneutralität" verbunden wäre⁸.

Das Meinungsbild in der Bevölkerung kann deshalb als instabil eingeschätzt werden, weil 1. der Wissensstand über sicherheitspolitische Zusammenhänge - offensichtlich - äußerst gering ist; 2. noch keine wirklich breite gegensätzliche innenpolitische Auseinandersetzung über die Frage der NATO-Mitgliedschaft - unter Einbeziehung des Kostenaspekts - zwischen den Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP stattgefunden hat; aber auch deshalb, weil 3. durchaus andere politische Entwicklungen Einfluß auf die NATO-Präferenz der Österreicher nehmen könnten, zum Beispiel im Zusammenhang mit der gegenwärtigen allgemeinen Sparpolitik der Regierung.

III. Ursachen und Herausforderungen für die Politik

Welche Ursachen können für die Haltung derer angeführt werden, die an der Neutralität festhalten wollen und sich eindeutig gegen eine österreichische NATO-Mitgliedschaft aussprechen oder zumindest stark NATO-skeptisch sind?

- Zunächst müssen wohl historische Erfahrungen ins Kalkül gezogen werden, und zwar solche, die Österreich nicht gemacht hat, aber auch solche, die es gemacht hat.

Diesbezüglich ist auf der einen Seite darauf hinzuweisen, daß Österreich von 1918 bis 1989 keine wirkliche Außen- und Sicherheitspolitik betreiben konnte, also eine Politik der aktiven, interessensgeleiteten Mitgestaltung seiner eigenen Umfeldsituation. Weil das so ist, fehlen uns die Erfahrungen mit wirklicher Sicherheitspolitik. Auch acht Jahre nach dem Beginn der gesamteuropäischen Umbrüche befinden wir uns diesbezüglich offensichtlich immer noch in einem Lernprozeß. Das gilt sowohl für die Politik als auch - in etwas anderer Form - für die Wissenschaft und andere, die sich am sicherheitspolitischen Meinungsbildungsprozeß beteiligen.

Auf der anderen Seite hat Österreich aber bestimmte "sicherheitspolitische" bzw. politische Erfahrungen im 20. Jahrhundert gemacht, insbesondere auch im Zusammenhang mit eigenen oder fremden Streitkräften, und diese Erfahrungen waren bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges eindeutig negativ: Die Streitkräfte der Monarchie konnten deren Niederlage im Ersten Weltkrieg und den Zerfall Österreich-Ungarns nicht verhindern. Die Streitkräfte der Ersten Republik wurden 1934, in einer inneren Auseinandersetzung, eingesetzt, aber nicht 1938, gegenüber der äußeren Bedrohung durch das Dritte Reich. In der Folge haben Österreicher - mehr oder weniger freiwillig - ihre spezifischen Erfahrungen in und mit der deutschen Wehrmacht gemacht bzw. mit dem nationalsozialistischen Terror-Regime. Unzählige Österreicher haben Beiträge für das Funktionieren dieses Regimes geleistet, viele von ihnen auch in den paramilitärisch bzw. militärisch organisierten Einrichtungen SA und SS.

Die historischen Erfahrungen werden in Österreich zwar zumeist nicht im Rahmen der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Debatte thematisiert, sie haben aber für das aktuelle Meinungsbild wohl insofern eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, als die in Österreich

nach wie vor bestehende Grundskepsis gegenüber Streitkräften und militärischen Organisationen an und für sich auch auf diese Erfahrungen zurückgeführt werden kann.

- Diese generellen Vorbehalte gegenüber Streitkräften und "Militärbündnissen", die als zweite Ursache für die bestehende NATO-Skepsis angeführt werden können, sind in verschiedenen Bereichen der Politik, der Wissenschaft, der Medien und der Bevölkerung unterschiedlich stark ausgeprägt.

Da sich nach dem Zweiten Weltkrieg zudem herausgestellt hat - so sehen es zumindest viele Österreicher - daß ein neutraler Staat zwischen Ost und West relativ gut leben kann, ohne das eigene Militär allzu ernst zu nehmen, hat man sich in Österreich an eine "besondere Form" der Sicherheitspolitik gewöhnt.

- Das spezifische - sozusagen zivilere - österreichische Verständnis von Sicherheitspolitik, das schon die nach wie vor geltende offizielle österreichische Sicherheitspolitikdefinition des Landesverteidigungsplanes, vor allem aber gegenwärtige konzeptionelle Überlegungen kennzeichnet, sei hier als dritte Ursache für die gegenwärtige NATO-Skepsis ins Treffen geführt.

Natürlich wurde dem Österreichischen Bundesheer in der Ost-West-Konstellation - notgedrungenenmaßen - eine verteidigungspolitische Funktion zugestanden. Heute aber wird vielfach argumentiert: Unsere Bevölkerung und unsere Grundwerte sind derzeit nicht direkt bedroht, Österreich muß sich also nicht - wie bisher - verteidigen; deshalb werden andere, zivile Instrumente der Sicherheitspolitik wichtiger, mit denen auf die gegenwärtig bestehenden, "nicht-militärischen" Bedrohungen reagiert werden soll. Man kann darin den Versuch sehen, nach dem Ende des Kalten Krieges eine neue Form von "Bedrohungs-Reaktionspolitik" zu konzipieren. Das bedeutet, daß vor allem gefragt wird: Welche Bedrohungen gibt es für Österreich? Es wird nicht primär gefragt: Was müssen wir tun, um schon das Entstehen von möglichen künftigen Bedrohungen für unser Land zu verhindern?

Wirkliche Sicherheitspolitik hat aber primär darauf abzielen, das Entstehen von Bedrohungen rechtzeitig unwahrscheinlich zu machen und zwar durch eine aktive, interessengeleitete Mitgestaltung der eigenen Umfeldsituation. Österreich müßte daher so schnell wie möglich vollinhaltlich an der Herausbildung und Gewährleistung einer möglichst hohen politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen, aber eben auch militärisch-machtpolitischen Stabilität im eigenen Umfeld mitwirken.

- Als vierte Ursache dafür, daß viele Österreicher eine NATO-Mitgliedschaft ablehnen und die "bewährte" Neutralität beibehalten möchten, wäre die Kostenfrage zu nennen. Darauf wird in Folge eingegangen.
- Welche Herausforderungen ergeben sich nun aus der skizzierten Situation für die österreichische Politik?
- Vor allem ist die Politik gefordert, ein wirkliches sicherheitspolitisches Konzept zu entwickeln und sich nicht auf ein neues Konzept der "Bedrohungsreaktion" zu beschränken. Dabei geht es in Österreich insbesondere darum, den Wert von Streitkräften und Sicherheitsgemeinschaften im Rahmen einer solchen Konzeption zu erkennen und deutlich zu machen: ihre Bedeutung, nicht nur für die klassische Verteidigung und letztlich die Überlebensfähigkeit von Demokratien, sondern - unabhängig von aktuellen Bedrohungen - auch für ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit und darüber hinaus vor allem für die von ihnen geforderte Beitragsleistung zur Gewährleistung einer gesamteuropäischen politischen Stabilität.
- Die wesentlichste Voraussetzung für eine "wirkliche" österreichische Sicherheitspolitik ist die Definition der sicherheitspolitischen Interessen Österreichs.

In der Ost-West-Konstellation war das einfach, da lag das österreichische Interesse auf der Hand. Heute aber muß - vor dem Hintergrund eines sich verändernden Umfeldes - immer wieder gefragt werden: Wie kann Österreich die Entwicklung des eigenen Umfeldes aktiv und positiv so mitgestalten, daß dort das Entstehen von Entwicklungen unwahrscheinlich wird, die wir vermeiden wollen (welche das sind, wäre ebenfalls zu definieren).

Demokratien sind diesbezüglich natürlich weitgehend auf die Kooperationsbereitschaft der Staaten in ihrem Umfeld angewiesen. Aber sie müssen - insbesondere gegenüber Nicht-Demokratien oder nicht gefestigten Demokratien - auch bereit sein, im Rahmen eines umfassenden sicherheitspolitischen Konzepts neben kooperativen Mitteln auch eigene Machtpotentiale rechtzeitig - also nicht erst als letztes Mittel (!) - zur Wirkung zu bringen, sodaß dies der Schaffung bzw. Gewährleistung einer stabilen politischen Konstellation förderlich ist und durch die rechtzeitige Herausbildung bzw. Absicherung damit letztlich Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung überhaupt vermieden werden können. Das wäre die richtige sicherheitspolitische Lehre aus den spezifischen österreichischen Erfahrungen in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts.

Ein solches idealtypisches sicherheitspolitisches Verhalten hat z.B. die NATO im Rahmen ihres Öffnungsprozesses für neue Mitglieder gezeigt: einerseits dadurch, daß sie Rußland ein breites, bisher einmaliges Kooperationsangebot unterbreitet hat, aber andererseits auch, weil über die Aufnahme neuer Mitglieder, die zu einer rechtzeitigen Erhöhung der gesamteuropäischen politischen Stabilität beitragen wird, autonom, also unter Abstützung auf die eigenen Machtmittel, entschieden wurde.

- Die österreichische Politik ist weiters besonders gefordert, eine gesamtheitliche Kosten-Nutzen-Analyse anzustellen: Das heißt, es darf nicht nur gefragt werden: "Wodurch ist Österreich bedroht, welche Streitkräfte brauchen wir, um auf Bedrohungen zu reagieren und wie viel dürfen diese Streitkräfte daher kosten" (in Österreich wird vielfach übrigens nicht einmal das getan, da lautet die Frage eher: Wie viel Geld haben wir und was kann damit gemacht werden?)? Die Frage muß heute primär lauten: "Welche sicherheitspolitischen Interessen hat Österreich, welche Politik ist für die Umsetzung dieser Interessen erforderlich und inwiefern können Streitkräfte dabei eine Rolle spielen?" Das heißt, daß nach dem sicherheitspolitischen - und nicht nur dem verteidigungspolitischen - Nutzen des Österreichischen Bundesheeres, aber auch eines allfälligen Beitritts Österreichs zu WEU und NATO gefragt werden muß. Es ist aber auch zu fragen: "Welcher generelle politische und welcher ökonomische Nutzen bzw. welche diesbezüglichen Kosten ergeben sich aus Investitionen in die eigenen Streitkräfte und einem Bündnisbeitritt und welche politischen und ökonomischen Kosten bzw. welcher Nutzen könnten anfallen, wenn darauf verzichtet wird?"
- Nicht zuletzt ist die Politik in Österreich schließlich herausgefordert, das Thema Sicherheitspolitik aktiv zu vermitteln und die Öffentlichkeit besser über die neuen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen für unser Land zu informieren!

IV. Grundsätzliche Entwicklungsmöglichkeiten

Abschließend sei eine kurze Auseinandersetzung mit den grundsätzlichen Möglichkeiten für die österreichische Sicherheitspolitik angeschlossen. Es wird davon ausgegangen, daß NATO und WEU wesentliche Teile "funktionsfähiger europäischer Sicherheitsstrukturen" darstellen. Daraus leitet sich ab, daß Österreich Mitglied der WEU und der NATO werden muß, wenn es vollberechtigt an funktionsfähigen europäischen Sicherheitsstrukturen teilnehmen will. Solche

Mitgliedschaften sind aber mit dem gegenwärtigen völkerrechtlichen Status Österreichs nicht vereinbar. Daher hat Österreich drei grundsätzliche Möglichkeiten: Es kann erstens versuchen, die Neutralität in ihrer inhaltlichen bzw. geographischen Geltung zu begrenzen; es kann sich zweitens für die völlige Aufgabe seiner Neutralität entscheiden, oder drittens für ein Abgehen von dem durch die Bundesregierung definierten Ziel.

Die Wahrscheinlichkeit, daß die österreichische Bundesregierung das Ziel der vollberechtigten Teilnahme Österreichs an funktionsfähigen europäischen Sicherheitsstrukturen offiziell aufgeben wird, ist nicht sehr hoch. Auch ein rasches Abgehen von der Neutralität oder eine "Neufassung" des Neutralitätsgesetzes zeichnen sich derzeit nicht ab. Also werden wir uns wohl Schritt für Schritt - und wahrscheinlich in einer "typisch österreichischen" Weise - dem definierten Ziel und damit einer österreichischen Mitgliedschaft in WEU und NATO annähern.

Anmerkungen

1. Dieser Beitrag wurde vom Autor anhand des Tonbandmitschnittes seines Folien-Vortrages erstellt.
2. Koalitionsübereinkommen der österreichischen Bundesregierung vom 11.3.1996.
3. Der Optionenbericht wird auf der Beamtenebene von einer interministeriellen Expertengruppe verfaßt, die sich aus Vertretern des Bundeskanzleramts, des Außenministeriums und des Verteidigungsministeriums zusammensetzt. Der Autor ist Mitglied dieser Expertengruppe.
4. Koalitionsübereinkommen der österreichischen Bundesregierung vom 11.3.1996.
5. Fessel + GfK, Telefonumfrage, Jänner 1996, n = 500 Befragte
6. Dr. Karmasin Marktforschung, Österreichisches Gallup-Institut, Februar 1996, n = 500 Befragte
7. Eurobarometer, März 1996
8. "Die Presse"/Fessel + GfK 9. Mai 1997, n=500/6

Mag. Dr. Wilhelm SANDRISSER
Institut für strategische Forschungen
Landesverteidigungsakademie, Wien